

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

Köthen (Anhalt), 28.11.2011

über die 6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses  
öffentlicher Teil

---

Die Sitzung fand statt:

Datum :	22.11.2011	Ort :	06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn :	18:30	Straße :	Wallstraße 1-5
Ende :	20:35	Raum :	Großer Sitzungsraum 217

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

(siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

Ingrid Leipold (AL), (Amt 14)  
Dana Rösler (AL), (Amt 20)  
Roland Spiegel, (Amt 14)  
Birgit Leps, (Amt 14)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

-

Tagungsleitung :

Heiko Lehmann

Schriftführer :

Birgit Leps

---

**Ausschussvorsitzend  
er**

**Amtsleiterin**

**Protokollführerin**

Heiko Lehmann

Ingrid Leipold

Birgit Leps

---

## **Tagesordnung**

<b>TOP</b>	<b>Thema</b>	<b>Vorl.-Nr.</b>
1	Eröffnung	
1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Haushaltsrechnung 2010 der Stadt Köthen (Anhalt) Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2010 mit der Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht und Entlastung des Oberbürgermeisters	2011211/1
2.5	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

## **Protokolltext**

### **zu TOP 1.1**

StR Lehmann stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird einstimmig festgestellt.

## **Öffentlicher Teil**

### **zu TOP 2.1**

Die Bestätigung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung ist einstimmig erfolgt.

### **zu TOP 2.2**

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 25.01.2011 wurde mit 9 Ja-Stimmen bestätigt.

### **zu TOP 2.3**

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

### **zu TOP 2.4**

Frau Leipold machte folgende Ausführungen zur Stellungnahme des OB zum Prüfbericht zur Jahresrechnung 2010:

#### ***Seite 1 der Stellungnahme des OB***

Es muss hier richtig gestellt werden, dass es seitens des RPA 38 Prüfungsfeststellungen gab, wovon 23 ohne Zusatz und 15 mit der Bitte um Stellungnahme gekennzeichnet waren.

Bitte die PF 40/10 auf Seite 44 des Prüfberichtes ändern in PF 38/10.

#### ***PF 04/10 Anbringen von Zweckbindungsvermerken für Spenden, Prüfbericht S. 10, Stellungnahme des OB S. 2***

Zum Prüfbericht des Jahres 2009, worin die Anbringung von Zweckbindungsvermerken vom RPA empfohlen wurde, wurde geantwortet, dass der Aufwand zu groß wäre. Zur Feststellung des RPA zur Jahresrechnung 2010, dass Zweckbindungsvermerke angebracht wurden, für die gar kein Haushaltsansatz erfolgte, wird nunmehr gesagt, dass die Anbringung des Vermerkes vorsorglich erfolgte.

#### ***PF 12/10 Prüfbericht S. 14, Stellungnahme des OB S. 3***

Die Stundungen sind als Teil der Kasseneinnahmereste aus den Sollstellungslisten erkennbar, die jedoch dem RPA nicht mit dem Jahresabschluss übergeben werden. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang darauf, dass dem RPA im Rahmen der begleitenden Prüfung der Forderungsbewertung am 28.01.2011 eine Sollliste mit 632 gedruckten A 4-Seiten übergeben wurde.

#### ***PF 14/10 Prüfbericht S. 16, Stellungnahme des OB S. 3***

Es geht bei 10.000 € Haushaltsansatz um die Mittel von nichtrealisierten Maßnahmen "Potentialstudie Kreativwirtschaft (5.000 €) und 2.000 € für einen Flyer der Wirtschaftsförderung, welche ausdrücklich als Zweckbestimmung in den Erläuterungen zur Haushaltsstelle vorgesehen waren.

Demnach hätten nur 3.000 € zur Verfügung gestanden.

Der Einsatz der über den Betrag von 3.000 € hinausgehenden Mittel (4.971,03 €) war zweckwidrig.

Es geht nicht darum, die in der Haushaltsstelle geplanten Mittel um jeden Preis zu verbrauchen, sondern entsprechend ihrer Zweckbestimmung gemäß § 7 Abs. 3 GemHVO LSA einzusetzen.

Frau Rösler erklärt zur PF 12/10, dass die Stadtkasse ein Forderungsmanagement betreibt. Aus den Sollstellungslisten sind die gestundeten Forderungen aufgrund der Buchungsschlüssel 06 und 07 erkennbar.

StR Lehmann fragte nach, wie hoch die Summe der gestundeten Forderungen ist.

Frau Rösler gibt an, dass ihr die Summe nicht bekannt ist. Angaben hierzu können aber nachgeliefert werden.

StRin Hinze fragte nach, wer das Forderungsmanagement betreibt, die Stadtkasse oder die Fachämter und in welchen Abständen die Forderungen überprüft werden.

Frau Rösler erklärte, dass die Verantwortung bei der Stadtkasse liegt und die Bearbeitung in Abstimmung mit den Fachämtern erfolgt. In der Regel erfolgt eine zeitnahe Bearbeitung und die Fachämter werden in regelmäßigen Abständen im Rahmen der erfolgten Mahnläufe über die offenen Forderungen informiert.

StR Thureau fragte nach, aus welchem Jahr die ältesten Forderungen stammen.

Frau Rösler gibt an, dass es ihr nicht möglich ist, dazu eine eindeutige Aussage zu machen. Die Stadtkasse versucht, die Forderungen beizubringen. In den Fällen, wo es keine Möglichkeiten mehr gibt, die Forderungen zu realisieren, werden Anträge auf Niederschlagung an die Fachämter gestellt.

StR Lehmann bemerkte, dass die Zahlen doch zum jetzigen Zeitpunkt bekannt sein müssten.

Frau Rösler erklärte, dass die Zahlen bekannt sind, die Bearbeitung aber ein sehr langwieriger Prozess ist und es in der Regel uneinbringliche Forderungen sind. Weitere Informationen dazu werden zur Hauptausschuss-Sitzung nachgereicht.

StRin Hinze bemerkte, dass es nicht sein könne, dass die Forderungen nicht bearbeitet werden.

StR Barche, fragte nach, ob es bei der Stadt Überlegungen gibt, die Beitreibung der Forderungen an Fremdanbieter abzugeben. Er kenne es zum Beispiel von den Krankenkassen.

Frau Rösler erklärte, dass Sie im Moment dazu keine Angaben machen könne, ob die Stadtkasse dieses vorgesehen hat. Sie wird die Information aber nachliefern.

StR Thureau bemerkte, dass es sicherlich auf Grund des besonderen Vollzugsrechts der Stadt nicht so einfach möglich sein wird, die Forderungen weiterzugeben.

Zusammenfassend erklärte StR Thureau, dass die Informationen über den Zeitpunkt der Entstehung der ältesten Forderungen nachgeliefert werden müssen.

StR Heeg meinte, dass der Vortrag von Frau Rösler unakzeptabel sei. Wir sprechen hier jedes Mal darüber und ihr Amt sollte dies wissen. Die Stadt kann es sich nicht leisten und es ist nicht akzeptabel, dass bei einem Forderungsmanagement ein Drittel der Einnahmen nicht realisiert werden.

Private Erfahrungen mit der Stadtkasse erwecken bei ihm den Eindruck, dass die Stadtkasse EDV-mäßig stiefmütterlich behandelt wird.

StRin Schmidt konnte dies nicht bestätigen.

Frau Rösler erklärte, dass die Stadtkasse nicht zu ihrem Bereich gehört, sondern ein eigenständiges Amt sei.

In Bezug auf die Notwendigkeit der Bereinigung der offenen Forderungen informiert sie darüber, dass das Innenministerium den Missstand, der im übrigen nicht nur in der Stadt Köthen anzutreffen sei, erkannt habe und einen Runderlass herausgab, der es ermöglicht, diese Forderungsberichtigungen als Wertberichtigungskonto in der Bilanz auszuweisen. Eine Änderung der Wertberichtigung sei auch 4 Jahre rückwirkend möglich.

StRin Hinze ist erstaunt darüber, dass das Ministerium einen Erlass ausgibt, der es ermöglicht, die Bilanz nachträglich zu ändern.

StR Heeg fragte nach, wie viel der Forderungen als wertberichtigend einzuschätzen sind.

Frau Rösler konnte dazu keine Auskunft geben. Angaben hierzu werden im Hauptausschuss nachgereicht.

Frau Scharf fragte nach, ob es auch künftig Stundungen z.B. der Straßenausbaubeiträge geben wird.

Frau Rösler bestätigte dies.

StRin Hinze stellte fest, dass es notwendig sei, die Forderungen differenziert auszuweisen.

Dieser Bedarf wird auch von den Ausschussmitgliedern gesehen.

Frau Leipold machte zu den Prüfungsfeststellungen 16 bis 20 folgende Ausführungen:

**PF 16/10 Prüfbericht S. 19 – 20, Stellungnahme des OB S. 4**

Es ging bei der Beantragung überplanmäßiger Mittel für Umsatzsteuerzahllasten der Betriebe gewerblicher Art für das I. bis III. Quartal 2010 nicht um 0,80 € oder 0,21 €, sondern um die Tatsache, dass von der Verwaltung Prozentrechnung nicht richtig durchgeführt wurde, dass z. B. in einer Position des I. Quartals durch Rechenfehler Abweichungen von 10 € entstanden sind.

Darüber hinaus wurde dem RPA für das im Jahr 2010 erworbene EDV-Programm zur Erfassung der Marktgebühren trotz Anforderung keine Freigabe gegeben.

**PF 20/10 Prüfbericht S. 24, Stellungnahme des OB S. 4-5**

HHst. 13000.60000 Sommerferiengestaltung der Jugendfeuerwehr Köthen

Die Originalbelege liegen zwischenzeitlich dem RPA vor.

HHst. 00000.65001 Sachaufwand Gleichstellungsbeauftragte

HHst. 13000.65001 Zuschuss für Feuerwehr Baasdorf

Klarstellung: Basis für den Homöopathievortrag war der Honorarvertrag über 30 €

Beanstandet wurde die Bezahlung aus Feuerwehrmitteln, für die es keine rechtliche Grundlage gab.

HHst. 13000.71803 Zuschuss für Feuerwehr Dohndorf 150 €

HHst. 13000.16203 Zuschuss vom Landkreis für Feuerwehr Dohndorf 150 €

Es ging hier um einen Scheck vom 29.06., der mit einem Beleg vom 09.12.2010 abgerechnet wurde.

HHst. 34000.71805 Zuschuss kulturelle Veranstaltungen Ortschaft Wülknitz

Der Verwendungsnachweis liegt dem RPA nicht vor.

HHst. 34000.17704 Spende für Kinder- und Jugendarbeit der Ortschaft Löbnitz

HHst. 34000.71804 Zuschuss für kulturelle Veranstaltungen in Löbnitz

Aus den Rechnungen ist nicht ersichtlich, dass das Burgfest in Löbnitz eine Kinderveranstaltung war.

Die entsprechenden Honorarverträge zu den künstlerischen Leistungen lagen nicht vor.

Frau Rösler wurde gebeten, noch auf die Prüfungsfeststellung 14/10 einzugehen und erklärte, dass sie hier die Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes nicht teile.

Die Mittel wurden für Standortwerbung ausgegeben, wenn auch nicht für die eigentlich vorgesehen Maßnahmen.

StRin Hinze erklärte, dass sie schon der Meinung sei, dass die Mittel die für eine besondere Maßnahme vorgesehen waren, bei Nichtdurchführung der Maßnahme nicht für andere Maßnahmen zu verwenden sind.

Im Übrigen habe sie in Erinnerung, dass die Mittel für die Potentialstudie Kreativwirtschaft auf Antrag der CDU-Fraktion in den Haushalt eingestellt wurden.

Dies sollte einmal geprüft werden. Informationen werden im Hauptausschuss erwartet.

Frau Leipold geht in ihren Ausführungen auf die Prüfungsfeststellungen 21 wie folgt ein:

**PF 21/10 Prüfbericht S. 24-25, Stellungnahme des OB S. 7**

HHst. 79100.60000 Standortwerbung

Rechnung der Meteo-Media:

Für die Wartung der Wetterstation liegen 2 Rechnungen (vom Februar und Dezember 2010) vor. In beiden wird als Datum der Leistungserbringung der 14.12.2009 genannt. Eine Leistung in 2010 wird nicht erwähnt.

HHst. 88000.60500 Unterstützung des Flugbetriebes auf dem Flugplatz

Für die 1.600 €, die dem Fugisportverein übergeben wurden, liegen keine Quittungen für 2010 vor. Was wird mit der noch offenen Abrechnung?

Frau Rösler machte zur Problematik der Anwendung der allgemeinen Bewilligungsbedingungen für Zuwendungen der Stadt Köthen (Anhalt) allgemeine Ausführungen. Da in der Verwaltung erkannt wurde, dass sich gerade die Ortschaften mit der Umsetzung etwas schwer tun, wird die Thematik nochmals ausführlich in den Ortschaftsratssitzungen behandelt. Auch für die Vereine, die Zuschüsse der Stadt beantragen, werden nochmals Informationen zusammengestellt.

Frau Scharf fragte nach, wie es mit dem Flugplatz weitergeht.

StRin Hinze erkundigte sich nach den Verfahren in Vorjahren. Sie kennt eine Vereinbarung innerhalb des Stadtrates, dass der Zuschuss jährlich gezahlt werden soll, wobei ihr der Betrag von 1.600,00 € nicht gegenwärtig ist.

StRin Schmidt regte an, die Antragstellung zu vereinfachen, da die Ortschaftsräte ehrenamtlich tätig sind.

StR Heeg hinterfragte, wie denn das 4-Augen-Prinzip funktioniert.

Frau Rösler antwortete, dass dies gewährleistet wäre, indem der Sachbearbeiter sachlich und rechnerisch auf den Zahlungsanordnungen unterzeichne und der jeweilige Leiter gegenzeichnet. Sie führte an, dass ein Umdenken erforderlich sei. Die Einstellung der Mittel im Haushaltsplan allein reiche für die Verwendung nicht mehr aus.

Frau Leipold machte zur Prüfungsfeststellung 24 folgende Ausführung:

***PF 24/10 Prüfbericht S. 27, Stellungnahme des OB***

HHSt. 00000.63002 Städtepartnerschaften

(Rechnungen der KKM für Stadtführer, Rechnung des KUKAKÖ für Dolmetschertätigkeiten, die von der Stadt aus städt. Mitteln bezahlt wurden)

Es wird hier vom RPA beanstandet, dass die sich aus dem § 2 der vom Ministerium der Justiz veröffentlichten Mitteilungsverordnung für Behörden ergebende Mitteilungspflicht zur Verhinderung von Schwarzarbeit von der Stadt gegenüber dem Finanzamt nicht wahrgenommen wurde. Eine Wertung und eventuell weitere Veranlassung von Maßnahmen obliegt dabei eindeutig der Finanzbehörde und niemandem bei der Stadt.

StRin Hinze bemerkt, dass ihrem Empfinden nach der Ton, den die Verwaltung in der Stellungnahme verwendet, doch sehr negativ sei.

StR Dr. Richter geht davon aus, dass doch der Verwaltung bekannt sein müsse, wie eine Rechnung richtig auszusehen habe.

StR Barche bemerkte, dass sich das Thema „fehlende Steuernummer“ jährlich wiederholt.

Frau Leipold führte zu den Prüfungsfeststellungen 25 bis 37 wie folgt aus:

***PF 25/10 Prüfbericht S. 24 – 25, Stellungnahme des OB S. 8***

Die Überschreitung des Fälligkeitstermins bei der Überweisung der 1. Rate der Verbandsumlage an den Zweckverband „Um die Dorfstätte“ in Löbnitz ist bereits im Jahr 2009 schon mal passiert.

***PF 27/10 Prüfbericht S. 28- 29, Stellungnahme des OB S. 9***

Niederschlagungsverfahren für eine Forderung von 154.127,44 € war befristet bis 31.08.2008 und soll erst (nach über 3 Jahren) im Dezember 2011 vom Stadtrat entschieden werden.

***PF 29/10 Prüfbericht S. 31, Stellungnahme des OB S. 10***

Verwahrgeldstelle 99999.04099 des Schul-, Sport- und Jugendamtes

Die Abwicklung der Übertragung von im Haushaltsjahr nicht verwendeten Mitteln in das neue Jahr über das Verwahrkonto ist haushaltsrechtlich nicht zulässig.

Nach § 31 Abs. 3 GemKVO LSA können zweckgebundene Einnahmen, die nicht im Haushalt

verwendet werden, in den Büchern für das Haushaltsjahr abgesetzt und in das folgende Jahr übertragen werden.

**PF 34/10 Prüfbericht S. 38-39, Stellungnahme des OB S. 15-16**

HHst. 55000.71802 Geldleistungen an Sportverbände und Vereine Baasdorf 2.100 €

Laut Prüfbericht lag kein Verwendungsnachweis vor. Der Verwendungsnachweis wurde zwischenzeitlich dem zuständigen Amt vorgelegt. Ein Prüfvermerk des entspr. Amtes wurde am 18.10.2011 erstellt.

HHst. 55000.98820 Zuschuss für Ballfanganlagen des SV „Blau-Weiß“ Baasdorf 6.500 €

Dieser Betrag sollte erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises für die Geldleistung aus 2009 bewilligt werden. Der VWN datiert auf den 08.07.2010. Der Zuwendungsbescheid für den Ballfangzaun wurde jedoch schon am 03.06.2010 bewilligt.

Festzustellen ist, dass auch dieser Zuschuss verspätet, also erst am 11.07. 2011 abgerechnet wurde.

HHst. 55000.71805 Geldleistung an Sportverbände und Vereine Wülknitz

Der Verwendungsnachweis liegt inzwischen vor.

**PF 37/10 Prüfbericht S. 42, Stellungnahme des OB S. 16**

HHst. 00000.66010, 00000.66011, 00000.66012 Verfügungsmittel der Ortsbürgermeister Merzien, Arensdorf, Baasdorf

Für die Verteilung der Eingemeindungsmittel des Jahres 2010 wurden Ortschaftsratsbeschlüsse gefasst. Diese beinhalten bei den genannten Ortschaften den Einsatz der Pro-Kopf-Pauschale auch für Verfügungsmittel des jeweiligen Ortschaftsbürgermeisters.

StRin Hinze, führte zur Prüfungsfeststellung 33 (Zuschüsse Freie Träger) an, dass verlangt wurde, zu dieser Problematik die Politik mit einzubeziehen. Sie könne es nicht nachvollziehen, dass es hier jedes Jahr dasselbe ist.

Frau Rösler, erklärte, dass sie hier nur das wiedergeben könnte, was in der Stellungnahme steht.

StR Heeg forderte eine Aussage im Hauptausschuss zum Zeitpunkt der Abschlagszahlung.

Eine generelle Aussage über die strittigen Beträge wird im Sozial- und Kulturausschuss und im Hauptausschuss gefordert.

StR Barche merkte zur Prüfungsfeststellung 34 (Nichtabrechnung der Zuschüsse Sportvereine Baasdorf und Wülknitz) an, dass doch die Vereine auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Vereinsrechts zur Nachweisführung der Verwendung der Gelder durch die Verwaltung informiert werden sollten.

Frau Rösler bedankte sich für diese Anregung und wird diese mit aufnehmen.

Sie bittet um eine Änderung in der Stellungnahme. Auf Seite 16, Absatz 2, Satz 3 ist das Wort „noch“ durch das Wort „nicht“ zu ersetzen.

Zur Prüfungsfeststellung 37 erklärte sie, dass die Verfügungsmittel keine Zuschüsse sind, die unter die Bewilligungsbedingungen fallen.

Herr Wittmann erklärte, dass ein Antragsverfahren hier nicht benötigt wird.

StR Barche regte an die Bewilligungsbedingungen dahingegen zu ändern, wenn aus der jetzigen Formulierung dies nicht zweifelsfrei zu erkennen sei.

Frau Leipold machte zur Prüfungsfeststellung 38 folgende Ausführungen:

**PF 38/10 Prüfbericht S. 44-45, Stellungnahme des OB S. 18**

Die Jahresabschlüsse der Bach-GmbH, der Wirtschaftsfördergesellschaft und der KKM fehlen.

In der Vermögensübersicht der Jahresrechnung wird für die GmbHs, an denen die Stadt beteiligt ist, das bei der Gründung eingebrachte Kapital aufgeführt.

Ziel des RPA war nicht die Prüfung der Richtigkeit der Erfassung, sondern die aus den Prüfberichten der Wirtschaftsprüfer für das entsprechende Jahr der städtischen Haushaltsrechnung gewonnene

Erkenntnis hinsichtlich der Änderung der Kapitaleinlage zeitnah darzustellen.

StR Heeg bemerkte, dass wir eine ständige Steigerung des Defizits haben und es den Anschein hat, dass die Verwaltung kein Kostenbewusstsein hat.

Frau Leipold informierte weiterhin zum Stand der Bewirtschaftung der Verwahrgelder wie folgt:

**Verwahrgeldkonto (Prüfbericht Seite 30)**

Im Jahr 2010 konnten 98.129,64 € dem Haushalt wieder zugeführt werden.

Trotz der vorläufigen Haushaltsführung wurden vom 1.1.2011 bis 31.10.2011 dem Verwahrkonto 60.583,56 € zugeführt.

StRin Hinze fordert noch weitergehende Informationen zu den Prüfungsfeststellungen 29 (Bestand Verwahrgeldkonten ab 1993) und 30 (Zinsen für Grundstücksverkaufserlöse) zum Hauptausschuss. Es werden detaillierte Angaben zu den Verwahrgeldern ab 1993 gefordert.

Herr Wittmann erklärte, dass seiner Kenntnis nach bei den Separationsinteressen keinen gäbe, an den die Erlöse zugezahlt werden können.

Die Verjährungsfristen der Anforderung der Erlöse sollte geprüft werden.

StR Thureau fragte nach, ob Vergleichszahlen anderer Städte zur Pro-Kopf-Verschuldung bekannt sein.

Frau Leipold verneinte dies, sicherte aber zur nächsten Sitzung des Ausschusses diese Informationen zu.

Der Beschluss, dem Stadtrat zu empfehlen, die Jahresrechnung 2010 zu beschließen und dem Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2010 gemäß § 108 Abs.3 GO LSA die Entlastung zu erteilen wird mit

3 Ja-Stimmen,  
3 Nein-Stimmen und  
4 Stimmenthaltungen gefasst.

Die Empfehlung wurde nicht erteilt.

**zu TOP 2.5**

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.